

Vor 100 Jahren:

Willy Feller, der erste rheinland-pfälzische Minister für Wiederaufbau, wird geboren

Willy Feller wurde am 12. November 1905 als eines von zwölf Kindern einer Arbeiterfamilie in Ludwigshafen geboren. Er erlernte den Beruf des Formers. 1919 schloss er sich der Freien Sozialistischen Jugend (FSJ) an. 1920 wurde er Mitglied der Kommunistischen Jugend Deutschlands (KJD), 1921 der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Nach einer kaufmännischen Umschulung 1923/24 war er lange arbeitslos. 1929 schickte ihn die KPD zu einer Studienreise in die Sowjetunion und beschäftigte ihn anschließend als Volontär beim „Ruhrecho“ in Essen. Feller stieg dort zum Verantwortlichen Redakteur auf und verbrachte in dieser Funktion 1931 sechs Monate im Gefängnis in Essen. Am 23. November 1931 verurteilte ihn das Reichsgericht in Leipzig zu 15 Monaten Festungshaft wegen Vorbereitung zum Hochverrat. Vor dem Haftantritt wirkte er noch kurzzeitig als Redakteur beim „Kämpfer“ in Chemnitz und als Chefredakteur der „Arbeiterstimme“ in Dresden. Das Jahr 1932 über inhaftiert; kam er Januar 1933 als Chefredakteur an die „Sozialistische Republik“ in Köln.

Im April 1933 von der Gestapo in Köln verhaftet, wurde er am 2. September 1933 vom Oberlandesgericht in Hamm wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Nach seiner Entlassung arbeitete er ab Mai 1935 als Versicherungsvertreter zunächst bei der Münchner Lebensversicherung und dann ab Oktober 1936 bei der Iduna. Am 17. Juni 1943 wurde Willy Feller – wie andere bekannte Ludwigshafener Kommunisten - zur Bewährungseinheit 999 einberufen und u.a. in Griechenland auf der Insel Korfu eingesetzt. Am 26. April 1944 wurde er wegen Unzuverlässigkeit entwapnet. Danach war von Mai bis Juni 1944 im Zwangsarbeiterlager Falkenberg inhaftiert und anschließend bis zum 3. März 1945 bei einer Strafkompagnie der Organisation Todt verwendet.

Ab 1. April 1946 wirkte er hauptamtlich als Landeskulturleiter der KP Hessen-Pfalz und war bis 1948 Mitglied der Bezirksleitung der pfälzischen KPD. 1946 bis 1952 war er Mitglied des Stadtrates Ludwigshafen und von 1946 bis 1948 Mitglied der Kreisversammlung Ludwigshafen. 1946 wurde er außerdem Mitglied der Beratenden Landesversammlung Rheinland-Pfalz und Minister für Wiederaufbau und Verkehr in der vorläufigen Regierung für Rheinland-Pfalz. Nach der Konstituierung der KPD auf Landesebene wurde er Mitglied des Landesvorstandes Rheinland-Pfalz und seines Sekretariats bis Februar 1950. 1947 bis 1951 war er Mitglied des Landtages in Rheinland-Pfalz und von 1947 bis April 1948 Minister für Wiederaufbau im 1. Kabinett Altmeier. Nach seiner Abwahl wurde er im Juni 1948 Vorsitzender der KPD-Landtagsfraktion und Chefredakteur der rheinland-pfälzischen KPD-Zeitung „Neues Leben“. Populär als mitreißender Versammlungsredner war der „Stalin der Pfalz“ gleichzeitig sowohl bei den eigenen Mitarbeitern als auch bei der französischen Militärregierung wegen seiner Unbeherrschtheit gefürchtet. Innerparteilich trat er als Inquisitor gegen den als Titoisten verfemten ehemaligen KPD-Landesvorsitzenden Herbert Müller und seine Anhänger auf und leitete den Niedergang des pfälzischen Kommunismus mit ein. Im August 1949 kandidierte er vergeblich für den Bundestag, wurde aber 1950/51 Mitglied des Bezirkstages Pfalz. Am 10. März 1950 wurde er wegen Bürokratismus und Ablehnung von Kritik als Chefredakteur von „Neues Leben“ durch das

Landessekretariat der KPD abberufen. Er wurde anschließend als Angestellter der Abteilung Massenagitation beim Parteivorstand der KPD beschäftigt.

Im Juni 1951 schied er aus der Hauptamtlichkeit für die KPD aus; anschließend war er wieder in der Versicherungsbranche tätig. Nach der Wiedereinführung der Paragraphen 80-101 des Strafgesetzbuches im Sommer 1951, wodurch politische Strafbestände wie Hoch- und Landesverrat sowie Staatsgefährdung wieder in das Strafrecht aufgenommen wurden, wurde er mehrfach kurzzeitig inhaftiert. Außerdem wurde ihm – wie allen noch aktiven KPD-Mitgliedern unter den Opfern des Faschismus – die Wiedergutmachung aberkannt. Im März 1952 wurde er von allen Parteifunktionen entbunden und durch seine Partei zur Niederlegung des Stadtratmandates im Ludwigshafen genötigt. Am 16. April 1952 drohte das Sekretariat des Parteivorstandes Willy Feller einen Parteiausschluss an. Nachdem eine erste Aufforderung zur Selbstkritik wegen seines „unbeherrschten Verhaltens in der Öffentlichkeit“ am 27. Juni 1952 in der rheinland-pfälzischen KPD-Zeitung „Unser Tag“ ohne Reaktion geblieben war, wurde diese am 2. August 1952 verschärft und die der Duldsamkeit beschuldigte Landesleitung aufgefordert, ihn wegen seines Verstoßes gegen die „Reinheit der Partei“ zur Verantwortung zu ziehen. Schließlich kam Feller am 5. September 1952 in „Unser Tag“ der Aufforderung zur Selbstkritik nach. Feller führte anschließend „Bewährungsaufträge“ für die KPD aus, blieb aber trotzdem bis zum Parteiverbot am 17. August 1956 ohne politische Funktion innerhalb der Partei.

Rehabilitiert wurde er 1961 vor der KPD durch seine Beteiligung am Versuch von bekannten westdeutschen Kommunisten durch eine Kandidatur zum Bundestag als unabhängige Kandidaten das KPD-Verbot zu unterlaufen; hierfür wurde Feller im November 1962 vom Landgericht Frankenthal zu acht Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt. 1968 wurde er Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), 1973 der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA). Nach einer Vorsprache beim damaligen rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten, Dr. Helmut Kohl, erhielt Feller erneut Wiedergutmachungszahlungen. 1977 wurde er außerdem für seine Tätigkeit als rheinland-pfälzischer Staatsminister mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Willy Feller starb am 9. Juli 1979 in Ludwigshafen.

Dr. Klaus J. Becker